

Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise

Jährlich monatlich bei zweimaliger Abholung 1.00 Mark, vierteljährlich 2.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark angeschlossen. Zustellungsgebühren, Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Sozial-Zeitungeingetragen'. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Sozial-Zeitung' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Regelungen

Verd. A. Tgspost. 38 mm Dr. Kolonnenweite oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Kleinanzeigen bis 25 m. Breite 5 Hl. 1.25 Hl. Anzeigenannahmefristen vom 1. Hl. bis 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Entlassungstermin: 6 Uhr. Anzeigenannahmefristen vom 1. Hl. bis 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Entlassungstermin: 6 Uhr. Anzeigenannahmefristen vom 1. Hl. bis 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Entlassungstermin: 6 Uhr.

Nr. 282.

Halle, Donnerstag, den 19. Juni.

1910.

Ungeklärte Lage in Weimar.

Lösung der außenpolitischen Krise durch Neubildung der Reichsregierung in Weimar! — Die ersten Kombinationen

Vor der Entscheidung.

Neubildung der Regierung.

Berlin, 19. Juni. (Sig. Drahtnachricht.) Wie wir zuverlässig erfahren, ist die Regierungskrise unvermeidlich geworden. In der Regierung sind Scheidemann, Landsberg, Giesberts, Dernburg, Graf Bradorf, Preuß, Gothein, David gegen und Erzberger, Moste, Wiesel, Robert Schmidt, Bauer und Bell für Annahme der Entschöndungen. Die Haltung der Fraktionen der Nationalversammlung ist annähernd die folgende: Mehrheitssozialisten etwa 90 Prozent für Unterbreiben, Zentrum 75 Prozent, Demokraten 30 Prozent, Unabhängige 100 Prozent. Die linken Parteien sind mit vereinigtlichen Ausnahmen (meist jüdische Politiker) gegen das Unterbreiben. Eine Kabinetsliste gibt unter solchen Umständen als höchst Wünschenswert an von ihr sehr wenig, da ja viel wichtiger die Frage der Unterbreibung ist. Man befehlt sich noch mit der Idee, die von Lager angeregt und von anderen Parteiführern mobilisiert worden ist, man wolle der Entente mitteilen, die Nationalversammlung wäre bereit, die Friedensbedingungen anzunehmen, wenn auf die Zulieferung des Ententes verzichtet und für Wehrzwecke die Volksabstimmung zugunsten werde. Ob schließlich bei den Parteien diese Meinung durchdringen wird, ist unklar. Die Mehrheitssozialisten stehen der Anregung skeptisch gegenüber, da sie meinen, die Entente werde nach dem Ultimatum sich auf nichts mehr einlassen. Die Unabhängigen stehen bei den Verhandlungen am skeptisch. Ihre Haltung ist völlig klar: was auch geschehen möge, sie treten unter allen Umständen für eine glatte Unterbreibung ein. Für den Fall des Nichts des Kabinetts Scheidemann, der als sicher gelten darf, steht man der Möglichkeit: 1. ein Kabinett Hermann Müller, 2. ein Kabinett Erzberger, 3. ein Kabinett Moste. In jedem dieser drei Kabinets scheint Baron Nidhoben die erste Erwartung auf den Posten des Ministers des Aeußeren zu haben. Seit sich, daß die gegenwärtige Friedensdelegation unter keinen Umständen unterbreiben wird. Man darf damit rechnen, daß an Stelle des Grafen Bradorf-Banzen der frühere Posthalter Graf Bernstorff nach Versailles wird geschickt werden.

Der Ministerpräsidenten Scheidemann wurde mitgeteilt, daß eine Mehrheit des Kabinetts in der Nachbikung den Vertrag als unannehmbar und unausführbar gefunden habe. Nach 9 Uhr vormittags trat das Kabinett wieder zu einer Sitzung zusammen. In dieser Kabinetsitzung wird man sich wohl zunächst mit der jetzt aufgeworbenen Kabinetsliste zu befassen haben. Die Demission des Gesamt-Kabinetts scheint unmittelbar bevorzusehen.

Nachmittags ist eine Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung einberufen. Die Sitzung kann unter Umständen sehr kürzisch werden und wird die endgültige Klärung der Frage des Zeichnens der Nicht-Unterbreibung bringen.

Die amtliche Meldung.

„Unersüßbar und unerträglich.“

WB. Weimar, 19. Juni. Das Kabinett hat sich gestern in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Friedensdelegation in vierstündiger Generaldebatte mit den Gegenwortschlägen der Entente beschäftigt. Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ergänzung der Mantelnote durch das inzwischen eingetrossene Memorandum nicht geändert. Sie steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkt unersüßbar und unerträglich. Die endgültige Stellungnahme wird heute nach Befragung der einzelnen Reichsminister mit deren Fraktionen und unsern einflussreichsten Ministern erfolgen.

Pariser Erörterungen.

VDZ. Versailles, 18. Juni. Die Pariser Abendpresse beschäftigt sich begreiflicherweise mit den Fragen, ob der Friedensvertrag unterzeichnet werde oder nicht und sehr das alte System fort, Deutschland genzlich zu machen durch die Befestigung der von Versailles noch vorbereiteten militärischen Maßnahmen. Folglich keinerlei Nachrichten aus Deutschland vorliegen, die irgendwem Schlüsse über die Stimmung in Weimar zulassen, behaupten einige Blätter, in diplomatischen Kreisen Frankreichs herrsche die Ansicht vor, Deutschland werden zeichnen. „Temps“ beteiligt sich nicht am Drakelspiel, sondern lehrhaftlich über das Glatz für die besetzten Gebiete und verleiht das Glatz, das die Alliierten ausgearbeitet haben, mit den Maßnahmen, die die Deutschen 1871 im besetzten Frankreich getroffen haben. Daraus geht hervor, daß damals deutscherseits Requisitionen verboten waren, daß aber jetzt die Alliierten sich ausdrückliche zum Schaden der Deutschen Bevölkerung Requisitionen vorbehalten. Der Hauptgrund, weshalb der „Temps“ der Frage der Requisitionen besondere Bedeutung beimißt, erklärt sich daraus, daß das Blatt immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben habe, durch geschickte Agitation den Trennungsgebanten in den Rheinländern auch nach Friedensschluss zu vermitteln. Es setzt große Hoffnung auf die Verdrängung der preussischen Verwaltung und scheint gemessenermaßen die einzuweihende Zivilverwaltungs-Kommission der Alliierten anfordern zu wollen, inländische preussische Beamte vom besetzten Gebiet fern zu halten. Vielleicht ist es nicht angebracht, auf dieses Manöver hinzuweisen, umso mehr, als das Blatt in der Zivilkommission eine bevorzugte Stellung für Belgien und Frankreich reklamiert. Allein wirtschaftliche Gründe können diese Sehnsucht doch nicht hervorgerufen haben.

über die vermeintlich neue Regierung.

VDZ. Versailles, 19. Juni. Nachdem nunmehr auch die sozialistischen Abendblätter und die reaktionäre nationale Presse die Stellung zu der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenwortschläge angenommen haben, kann man sich annähernd ein Urteil über die Aufnahme, die das angeblich letzte Wort des Riererrats in Frankreich gefunden hat, bilden. Die reaktionäre Presse findet das Entgegenkommen gegenüber Deutschland übertrieben und schlägt zum Teil gegenüber England, sogar gegen America, einen recht aggressiven Ton an. „Liberte“ erklärt genau wie „Echo de Paris“, Frankreich habe noch Beweis seiner Nachgiebigkeit geben müssen. Auf der anderen Seite oder erklärt das Blatt, daß Clemenceau es gewesen sei, der die angelegentlichste Fraktion bei gewissen Fragen zur Mäßigung habe anhalten müssen.

Weitere Eindrücke aus Frankreich.

VDZ. Versailles, 19. Juni. Nachdem nunmehr auch die sozialistischen Abendblätter und die reaktionäre nationale Presse die Stellung zu der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenwortschläge angenommen haben, kann man sich annähernd ein Urteil über die Aufnahme, die das angeblich letzte Wort des Riererrats in Frankreich gefunden hat, bilden. Die reaktionäre Presse findet das Entgegenkommen gegenüber Deutschland übertrieben und schlägt zum Teil gegenüber England, sogar gegen America, einen recht aggressiven Ton an. „Liberte“ erklärt genau wie „Echo de Paris“, Frankreich habe noch Beweis seiner Nachgiebigkeit geben müssen. Auf der anderen Seite oder erklärt das Blatt, daß Clemenceau es gewesen sei, der die angelegentlichste Fraktion bei gewissen Fragen zur Mäßigung habe anhalten müssen.

Damit soll wohl gesagt sein, daß England und Amerika in Bezug auf Entschöndungen und Kolonialfragen einen größeren Appetit an den Tag gelegt haben als bis jetzt bekannt geworden ist. Auch der „Temps“ betreibt dieselbe Taktik, nur nicht er auf das Haupt Clemenceaus in geradezu salbungsvollem Ton Del, um ihn zu leben ob seines Negativbrieves, der die beste Anklage darstellte, die je gegen Deutschland erhoben wurde. Er gibt auch bekannt, daß der Privatsekretär Lloyd Georges, Philipp Karr, Verfasser dieses Laborats sei, das, wie ein Blatt sehr richtig bemerkt, insofern ein Unikum in der Geschichte bleiben wird, als es nicht wie das Vorwort eines Friedensvertrages den Geist der Veröhnung atmet. Dieses Schriftstück sei Nahe und Gefährliche der letzten Jahre, ohne ein kontrastierendes Besondere anzufassen.

Wenn man sich hier die sozialistischen Blätter einige treffende Worte gesagt hätte, man hätte ihnen wenigstens den guten Willen unterkennen müssen, so aber lippen sie nur, und man dürfte die Lage der sozialistischen Parteien, wie sie sich aus den Kritiken der Antwort der Entente kundgibt, am besten dadurch kennzeichnen, daß man sagt, die breiten Massen des arbeitenden Volkes in Frankreich sind gegenüber den Friedensfragen völlig indolent geblieben; soweit sie Politik betreiben, kennen sie nur eine Lohnpolitik, im übrigen haben die letzten fünf Kriegsjahre und die in Frankreich herrschende Diktatur sie vollständig gerührt.

Das mag bedauerlich sein, aber es muß als Faktor in unsere Rechnung einbezogen werden, wenn sich etwa politische Kreise in Deutschland gerade in den nächsten Tagen eine gewisse Hoffnung auf ein späteres Eingehen der internationalen Arbeiterschaft machen sollten. Des weiteren muß man sich dabei bewusst sein, daß hinsichtlich der etwa geplanten militärischen Schritte der Entente sehr Hoffnungen zu machen. Von den im besetzten Rhingebiet massierten Truppen darf nichts erwartet werden, und es ist endlich Zeit, daß man in Deutschland lernt, nur auf seine eigene Kraft zu vertrauen und nicht etwa heute immer noch glaubt, irgend welche politischen Ereignisse in Ländern, die bis jetzt mit uns Krieg führten, seien imstande, unser hartes Schicksal zu ändern.

Diese Bewertung aber muß heute gemacht werden, wenn man die französische Presse studiert, um sich aus ihr über die Aufnahme der Antwort zu unterrichten, muß man in Betracht ziehen, daß hinter dem Sichtbaren sich überall die geschickte Hand eines vorzüglichen Regisseurs zeigt, eines Physologen ersten Ranges, der nicht nur das französische, sondern auch das deutsche Volk kennt, der nicht nur den Franzosen, sondern auch den Deutschen das Jüngerer, was seinen Interessen dient. Von diesen Gesichtspunkten aus muß man in den nächsten Tagen alles das betrachten, was uns aus der Pariser Presse entgegenkommt, und es muß dafür georgt werden, daß das deutsche Volk, ohne nach links oder nach rechts zu schauen, durch seine erwählten Vertreter die Beschlässe faßt, die seinen Interessen entsprechen.

(Legte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Mehrwert und Arbeiter-einkommen.

Von Dr. Herz-Harburg.

Der überwiegende Teil des Volkes kann seine Bedürfnisse nur notdürftig befriedigen. Andererseits ist die Technik so entwickelt, daß die Produktion noch um das Vielfache gesteigert werden kann. Die Sozialdemokratie erklärt diesen Widerspruch aus der heutigen Wirtschaftsordnung, in der der Arbeitende nicht den vollen Gegenwert für seine Arbeit erhält, den Mehrwert vielmehr den Besitzern der Produktionsmittel, als Grundrente den Besitzern von Grund und Boden, als Zins den Kapitalisten zufließt. Es bedarf daher der Prüfung, wie sich bei dem jetzigen Stand der Produktion der Mehrwert zum Arbeiterlohn verhält.

Nach den Berechnungen Helfferichs (Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913) belief sich in den letzten Jahren vor dem Kriege das jährliche Gesamteinkommen Deutschlands auf 42 Milliarden Mark. Von diesen 42 Milliarden Mark wurden etwa 7 Milliarden für öffentliche Zwecke aufgewendet. Eine solche Summe wird auch im sozialistischen Staate gebraucht werden, wird doch die Durchführung des sozialdemokratischen Schulprogramms (nach Kautskis „Am Tage nach der Sozialen Revolution“) allein 1/3 bis 2 Milliarden Mark verschlingen. 8 Milliarden wurden erspart. D. h. sie wurden irgendwie verknüpft angelegt. Das bedeutet, sie wurden dazu verwendet, um Produktionsmittel zu schaffen, sie wurden — marxistisch ausgedrückt, konstantes Kapital, nicht „variables“ Kapital (Lohnfonds), das in bar in die Hände der Arbeitenden zurückfließt. Auch diese Verwendung eines Teiles des Arbeitertrages wird im sozialistischen Staate erforderlich sein, um die Produktion zu erhöhen. Es bleiben also 27 Milliarden jährlich für den Lebensbedarf einer Bevölkerung von 68 Millionen, d. h. etwa 400 Mark auf den Kopf oder 1880 Mark für die Normalfamilie von 4,7 Personen.

Ein ähnliches Ergebnis bringt die preussische Einkommenerstatistik. Nach dem statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat 1914 hatten 16,5 Millionen Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen 2,5 Milliarden Einkommen, das wir mit Rücksicht auf die Steuerentziehungen auf 2,4 Milliarden erhöhen wollen. Davon müssen wir 5 Milliarden abziehen, die wie oben ausgeführt, zur Erhöhung der Produktion gebraucht werden, bleiben für den Lebensbedarf 19 Milliarden. Das ist für jeden Selbständigen (Familienverh., Gemahne oder Jungferlein) ein Betrag von 1160 Mark. Davon gehen ab 70 Mark Steuern, so daß 1090 Mark bleiben.

Und das sind Zahlen aus der Zeit höchster wirtschaftlicher Blüte! Nun sind alle Berechnungen auf den Kopf ziemlich roh, es ist daher von großer Bedeutung, daß in letzter Zeit für eine Reihe industrieller Unternehmungen das Verhältnis des Anteils von Arbeit und Kapital am Ertrage berechnet worden ist.

Der Wert für die herabzulassenden Interessen im Essen hat folgendes festgelegt:

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre waren im Reich beschäftigt 489 000 Beamte und Arbeiter. Sie erhielten an Löhnen und Gehältern 870 Millionen Mark, staatliche, kommunale und soziale Kassen erforderten 78 Millionen Mark; die Ausbeute ergab 106 Millionen Mark. D. h.: der Kapitalgewinn betrug 11 Prozent der Summen zu 1 und 2. Wäre keine Dividende verteilt worden, d. h. der Mehrwert den Arbeitenden zugeflossen, so hätten diese ein Mehrereinkommen von 240 M. im Jahre gehabt oder 10 Pf. für die Arbeitsstunde.

Gehört Deutschland hat in einem Gutachten für die Berliner Handelskammer (Abdrucke sind dort zu haben) 66 Gesellschaften aus den verschiedensten Industrien untersucht. Diese Gesellschaften hatten ein Kapital von 2,5 Milliarden und verteilten in den letzten 10 Jahren 215 200 000 Mark Dividende, rentierten sich also mit etwa 10 Prozent erheblich über dem Durchschnitt. Sie zählten für staatliche, kommunale und soziale Kassen jährlich 21 160 000 Mark, an Gehältern und Löhnen an 788 771 Angeestellte und Arbeiter 1 424 800 000 Mark. Würde man die Dividende auf die Arbeitenden verteilen, so würde das 270 M. auf den Kopf ergeben, oder eine Erhöhung des Stundenlohnes um 11 Pf.

Die von kapitalistischer Seite gemachten Berechnungen stimmen mit den Erfahrungen überein, die bei der nicht kapitalistisch betriebenen Selbsttätigkeit in Jena gemacht worden sind, und mit einer Berechnung von sozialdemokratischer Seite.

Aus dem offiziellen Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler 1908, herausgegeben durch den jetzigen preussischen Ministerpräsidenten Hirsch (Seite 307 ff.), ergibt sich, daß im fiskalischen Saarrevue das durchschnittliche Einkommen 1902 bis 1906 1006 M. pro Kopf der Bevölkerung betrug. Der Unternehmerlohn betrug pro Arbeiter 350 M.; der erzielte Mehrwert also (bei 300 Arbeitstagen zu acht Stunden) 15 Pf. die Stunde. Das ist etwas mehr als in den obigen Berechnungen; Hirsch bezeichnet aber die Löhne in diesen fiskalischen Erhebungen als besonders jämmerlich, tatsächlich waren sie im Ruhrgebiet und im Saalauer Bezirk um 200 M. höher.

Die Hoffnung trägt also, daß die Verteilung des Mehrwerts auf das Arbeits Einkommen die Lebenshaltung der breiten Massen nennenswert verbessern kann. Das kann nur dadurch geschehen, daß allseitig mehr Waren erzeugt werden. Das wird aber nur dann der Fall sein, wenn der Einzelne an der Erhöhung der Arbeitsleistung hat. Der Einzelne ist aber nicht nur der Unternehmer, in noch weiterem Ausmaße ist es der Arbeiter.

Graf Brockdorff gegen die Unterschrift.

Berlin, 19. Juni. Im „V. L.“ heißt es aus Weimar: Graf Brockdorff und die Friedensdelegation sind in ihrem Willen, nicht zu unterzeichnen, einig, leider nach entgegengesetzten Vorläufig liegen die Dinge so, daß eine nicht ganz kleine Anzahl von Reichstagsmitgliedern und Zentrumsmittgliedern zu Unterzeichnen nicht.

Der „Volksk.“ läßt sich aus Weimar melden: Es gilt als sicher, daß der größere Teil des Reichstags nach wie vor gegen eine Unterzeichnung ist. Das Ministerium scheint die Beschlüsse der Nationalversammlung, die laut Mitteilung des Präsidenten zusammenfassend am Sonnabend, früher Leinesfals, zusammengetreten wird, abwarten zu wollen, bevor es seine endgültige Entscheidung trifft.

Englische Vorbereitungen.

London, 18. Juni. Reuter erzählt: Das Kriegsschiff „C. S. M.“ hat voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinen geworben, den Firth of Forth verlassen, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte hat für den Fall, daß Deutschland sich weigert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Zehntausender Urlaub wurde aufgehoben.

Die Nachbepfung der Truppen im Rheinland.

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der gleichzeitige mit dem Bescheid von der Entente überreichte Vorschlag über die Vermehrung der besetzten Gebiete trägt den Titel „Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Belgien einerseits und Deutschland andererseits betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande“. Er enthält 13 Artikel, die im wesentlichen bestimmen: Entsprechend Artikel 428 des Hauptvertrages dürfen vom Tage der Friedensunterzeichnung an keine deutschen Truppenkörper das besetzte Gebiet betreten, doch dürfen Polizeikräfte in einem von den alliierten Regierungen zu bestimmenden Umfang beibehalten werden. Die höchste Zivilbehörde in dem besetzten Gebiet ist der „hohe internationalisierte Ausschuss für die Rheinlande“. Er besteht aus je einem Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Der Ausschuss hat die Befugnis, bei der Durchführung des Unterabkommens und der Sicherstellung der Truppen Verbordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Mitglieder des Ausschusses genießen diplomatische Rechte. Sie, ebenso wie ihr Personal und die Truppen, unterliegen ausschließlich den Anordnungen der alliierten Truppen. Im übrigen bleibt die deutsche Gerichtsbarkeit bestehen. Verbrechen, die gegen Truppen der alliierten Mächte oder eine der vorbezeichneten Personen begangen werden, können durch besondere alliierte Gerichte abgeurteilt werden.

Die Zivilverwaltung bleibt in den Händen der deutschen Behörden. Sie ist aber dem Befehl der Besatzungstruppen anzugewöhnen. Die deutschen Behörden sind verpflichtet, sich nach den Verbordnungen des Hauptvertrages zu richten. Die Besatzungstruppen haben das Recht, zu rüden. Die deutsche Regierung trägt ihre Unterhaltungskosten.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist seit Mittwoch früh der Verkehr vom rechten nach dem linken Rheinufer vollständig gesperrt.

„Wiedergutmachungen.“

Eine der unheimlichsten Bedingungen des Friedensentwurfes vom 7. Mai war der Absatz über die „Wiedergutmachungen“, soweit sie in Form einer Barzahlung abgemacht werden sollten. Denn er nannte keine Summe. Hundert Milliarden Goldmark sollten auf jeden Fall gezahlt werden, erst dann aber werde man unterscheiden, welcher weiteren Leistungen Deutschland fähig sei. Die deutsche Friedensordnung erhob Einspruch. Man es aber nicht bei lediglich verneinender Abwehr belassen zu lassen, machte sie selbst ihr Angebot. Deutschland erklärte sich bereit, im Laufe weniger Jahre 20, dann in Raten 80, zusammen hundert Milliarden Goldmark (inslos) an seine Feinde zu zahlen. Auf dies Angebot, die auf die meisten deutschen Gegenwärtigen, die die Verbandsregierungen nicht eingegangen. Sie fordern, unter den Bedingungen des 7. Mai, 100 Milliarden (20 + 40 + 40); sie erklären, den deutschen Bürgern lediglich insofern entgegenkommen zu wollen, als das Reich selbst Gelegenheit gegeben werden soll, die unentrichteten Schäden zu tätigen.

Diese Schätzung soll Stoff zu neuer Verhandlung geben und zu bestimmten Festsetzungen, falls man sich einigt. Dazu läßt sich sagen, daß die Erklärung: des Maß der Schäden sei noch nicht genau bekannt, zwar richtig ist, daß sie aber mit der „Abschlagszahlung“ von 100 Milliarden im Widerspruch steht. Nach jeder der immerhin möglichen Schätzungen betragen die unmittelbaren, der feindlichen Zivilbevölkerung zugefügten Verluste weit weniger als 100 Milliarden. Beliehen also die Gegner auf der Zahlung eines solchen Betrages, so ist die genaue Schadensberechnung überflüssig, und es ist nicht abzusehen, warum nicht schon jetzt die Tributzinsumme festgelegt werden kann.

Sind Unruhen in Deutschland zu erwarten?

Im Falle einer Ablehnung der Friedensbedingungen, wie uns von zuständiger Stelle erklärt wird, mit dem Versuch der Inszenierung eines allgemeinen Aufstandes in Deutschland zu rechnen. Die Regierung dürfte sich jedoch bei der Beratung über die Ententeentscheidungen bereit, die Möglichkeiten nicht zu vernachlässigen. Zunächst von einem Generalstreik über dessen Vorbereitung nichts bekannt. Die Gegner der Regierung hätten offenbar eingegeben, daß ein Aufstand gegen die durch die Truppen geschützte Regierung nicht durchzuführen sei. Das hätten die Verhandlungen mit den Führern der Regierungstruppen bewiesen. Die Regierung werde die Truppen mehr denn je gegen alle Verurteilungen in Schutz nehmen.

Der Waffenstillstand gewissermaßen gestündigt.

Die Antwortnote der Entente ist, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, als eine modifizierte Aufkündigung des Waffenstillstandes anzusehen. Der Waffenstillstand ist durch die Antwortnote gewissermaßen gestündigt. Daß die Entente mit der Wiederannahme der Feindseligkeiten für den Fall der Nichtannahme der Bedingungen erst machen wird, darüber besteht kein Zweifel. Der neue Vertrag ist, soweit aus der Mantelnote ersichtlich ist, weniger ein Friedensvertrag als ein Abstraktionsvertrag, angeblich auf dem Grundsatze, daß Deutschland ganz allein und restlos die Schuld am Kriege trage. Die ersten Seiten der Mantelnote befaßt sich damit, die Schuld Deutschland „anzuwälzen“. Wichtig in der Mantelnote andererseits betont wird, dieser Friede sei ein Friede der Gerechtigkeit, kann von einer Berücksichtigung des Gerechtigkeitsmomentes nicht die Rede sein. Der U-Bootkrieg wird als völkerrechtswidrig hingestellt, die Hungersblockade dagegen als mit dem Völkerrecht vereinbar. Die Entente möge sich hier die Anklagen Wilsons über die englische Hungersblockade ins Gedächtnis rufen. Der amerikanische Präsident hat die Völkerrechtswidrigkeit der Hungersblockade von ihrer Verhängung im September 1914 ab stets eldwanfrei anerkannt. Die Verfasser der Mantelnote glauben offensichtlich nicht an die Aufrichtigkeit und Stillschaltigkeit der von ihnen vorgebrachten Argumente. Man könnte die Befragungen der Mantelnote Wort für Wort widerlegen.

Das „Nein“ der deutschen Volkspartei.

Weimar, 18. Juni. Die Nationalliberale Korrespondenz teilt mit, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei einmütig beschloßen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Uebereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Die Unabhängigen für Unterzeichnung.

Eine Erklärung der Parteileitung. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nimmt in einer längeren Erklärung zu dem Friedensentwurf der Entente Stellung. Es wird in dieser Erklärung auf die Folgen hingewiesen, die nach Ansicht der Unabhängigen eintreten, wenn wir nicht unterzeichnen. Es heißt in dieser Rundgebung:

„Das arbeitende Volk darf sich über die fürchterliche Situation nicht täuschen lassen durch das nationalpolitische Geschrei der kapitalistisch-militärischen Kreise und der unter ihrem Diktat stehenden ohnmächtigen Reichsregierung. Es darf sich nicht aufspüren lassen zu abenteuerlichen Aktionen gegen die Entente. Wir protestieren insbesondere mit aller Schärfe gegen den frevelhaften Plan eines neuen Krieges gegen die Polen.“

Jeder militärische Widerstand wäre Wahnsinn und würde nur die nutzlosen Opfer vermehren.

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten lehnen jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensentwurfes entstehen.

Wir warnen die Regierung, die Politik der Protestaktionen, der Redepolitik, der militärischen Diktaturversuche länger fortzusetzen. Diese Politik ist um so verwerflicher, weil sie gleichzeitig die Arbeiterklasse durch die Ablehnung des Friedensvertrages in eine verzweifelte Situation hineinreibt.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter der militärischen Reaktion nicht die gewünschte Gelegenheit geben werden, die Zeit der nationalpolitischen Erregung zur Verwirklichung ihrer Diktaturgelüste auszunutzen. Das neue Gewaltregiment wird nicht von langer Dauer sein und ebenso jämmerlich zusammenbrechen, wie das alte Regime zusammengebrochen ist.“

Am Schlusse der Erklärung heißt es, daß die Unabhängigen auf den friedlichen Normalität der Arbeiterklasse hoffen, und daß das letzte Friedenswort nur der internationale Sozialismus sprechen wird.

Schredensbilder aus dem besetzten Westen.

Als der Wirt Schneider aus Rheingonheim mit seinen beiden verheirateten Söhnen über den Rhein gehen wollte, beschloßen französische Soldaten den Nachen und die beiden in die See zu werfen.

Ein französischer Wachtposten gab auf das Bormer Hafensperrboot einen Schuß ab, durch den ein Matrose aus Worms, Vater von fünf Kindern, getötet wurde.

Die Hülfe, die die Franzosen den kleinen Kurorten bringen wollen, äußert sich in eigenartiger Weise. So ist das 400 Einwohner zählende Schlangentbad mit 1000 Mann schwarzer und brauner Koloniatruppen besetzt worden, alle Gassen, Kurpflanz und das Kurhaus sind mit diesen „Kurutzögern“ überfüllt.

Die Amerikaner beschlagnahmen in dem von ihnen besetzten Gebiet die Feuerwerke, so daß sich schon jetzt große Futurnot zeigt. Eine Entschädigung wird nicht gezahlt. Das Frankfurter Hofgut Langenfeld wird beschlagnahmt, mit dessen Hülfe die trostlose Winterherberge in Frankfurt verbessert werden sollte. Ist infolge der schweren Bedrängnis geraten, da es nicht möglich ist, für die 70 Kühe anderweitig Futter zu beschaffen.

Die Minister Landsberg und Giesberts drohen mit Rücktritt.

Weimar, 18. Juni. Die Minister Landsberg und Giesberts haben ein Votum an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie erklären, von ihren Ämtern zurückzutreten zu müssen, falls die Reichsregierung zu dem Beschluß kommen sollte, die Bedingungen der Entente anzunehmen.

Gleichzeitig haben Landsberg und Giesberts auch ihren Austritt aus der Friedensdelegation für den Fall der Unterzeichnung angekündigt. Keiner hat sich dieser Erklärung angeschlossen.

Die Mörder des sächsischen Kriegsministers ermittelt.

Berlin, 19. Juni. Wie verschiedenen Blättern Dresden berichtet wird, sind die Mörder des sächsischen Kriegsministers Reuning jetzt ermittelt worden. Den Schuß gab der Matrose Göttenber ab, der Matrose Pletsch hatte mehrmals mit dem Gewehrkolben an die Hände des Ministers geschlagen, als sich dieser an dem Geländer der Friedrich-August-Brücke festhalten wollte, während eine Vertreterin des sächsischen Schlichters dem Minister mit einer Hutnadel ins Gesicht schlug.

Deutsches Reich.

Gegen Kreisblatt-Privilegien.

Der demokratische Abg. Reubing hat in der Kreisblättern-Versammlung gefordert, was die Regierung dagegen zu tun gedenke, „daß in vielen Landkreisen Preussens die privilegierte Stellung der Kreisblätter als Privileg unverständlich aufrechterhalten und gemeinlich zu Gunsten einer einzelnen Partei ausgenutzt wird zum Schaden großer Teile der Kreisbevölkerung und der nichtausgebildeten Presse“.

Aus dem Ministerium des Innern ist darauf jetzt die Antwort eingegangen, daß für eine anderweitige grundsätzliche Regelung der Frage der Kreisblätter Schritte unternommen worden sind:

„Um einen Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse zu gewinnen, war es zunächst nötig, über die Lage der Kreisblätter, insbesondere über deren vertrauliches Verhältnis zu den Kreisen, Feststellungen zu veranlassen. Diese Erhebungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Sobald das Material vollständig vorliegt, wird die Regelung der Frage stattfinden.“

Neuordnung des Hanja-Bundes.

Nachdem in der letzten Sitzung des Gesamtkonferenzen und des Direktors des Hanja-Bundes die Statutenänderungen angenommen sind, besteht die Leitung des Hanja-Bundes zukünftig aus der Hauptversammlung und dem Präsidium, dem höchstens 25 Personen angehören. Die Hauptversammlung tritt alljährlich zusammen und besteht aus Delegierten der Ortsgruppen, der Landes- und Bezirksverbände. In das Präsidium wurden gewählt die Herren Geh. Kommerzienrat Bamberg-Maina, Klempnermeister, Bartsch-Königsberg, Direktor Benjahn-Sannover, Generaldirektor Gehelmeit-Cuno-Hamburg, Generaldirektor Eick-Düsseldorf, Dr. Eubemann-Sannover, Fabrikant Arthur Deier-Breslau, Bankdirektor Dr. Fischer-Berlin, Kommerzienrat Präsident Dr. Kiese-Berlin, Dr. Köhler-Berlin, Schlossmeister Marcus-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Meißner-Görlitz, Geh. Kommerzienrat Wirth-München, Geh. Justizrat Prof. Dr. Riester-Berlin, Fabrikant Dr. Schmidt-Eberfeld, Bankier Martin Streffer-Berlin, Kaufmann Oster Tieg-Berlin, Generaldirektor Gehelmeit-Berlin, Kaufmann Witthöft-Hamburg. In der ersten Sitzung des Präsidiums wurden zum Vorstehen des Präsidiums Geh. Justizrat Prof. Dr. Riester-Berlin, zum Geschäftsführenden Mitglied Dr. Köhler-Berlin und zum Spagemeister Bankier Martin Streffer-Berlin gewählt.

Kritische Lage in Erfurt.

Erfurt, 18. Juni. Ueber die hiesigen Unruhen meldet W. T. Z.: Das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt wurde durch Truppen der Landesgendarmerie unter General Wacker auf Befehl der Reichsregierung besetzt. Weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt eine „unpolitische“ demokratische, durchsetzten, sowie den Eisenbahndirektoren und verschiedene Beamten absetzten. Seitdem fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt, in deren Verlauf die Ablehnung des neuen Statuten und die Wiedereinsetzung des alten Eisenbahndirektors ausgesprochen wurde. Man beschloß, eine Kommission nach Weimar zu schicken, um mit der Regierung in Verhandlungen zu treten. Im Verlaufe des Nachmittags kam es zu arden Menschenanstellungen. Die Menge nahm eine feindselige Haltung gegen die Vorken der Regierungstruppen an. Es mußte Befehl gegeben werden, gegen die Menge mit blauer Waffe vorzugehen. Da einer Anführerung nicht Folge geleistet wurde, gaben die Regierungstruppen schließlich Schreckschüsse ab. Die Gerichte von einer großen Anzahl Toter und Verwundeter sind erfunden.

Ausland.

Neuer Vorkursus der Kommunisten in Deutsch-Oesterreich.

WTB. Wien, 19. Juni. (Korr.-Bureau.) Die Korrespondenz wird in Wien: Neustadt: Die hiesige Staatspolizei wurde von vertrauenswürdigem Seite dahin verständigt, daß die Kommunisten in Ungarn für morgen einen Vorkursus in Deutsch-Oesterreich beabsichtigen, in dem ungarische Kartagarden über die Grenze einbringen und gegen Wiener-Neustadt und Genua vorzudringen würden. Die Staatspolizei traf sofort Gegenmaßnahmen und gab Volkswache und Gendarmerie in den gefährdeten Grenzorten zusammen, so daß ein Durchbruch der ungarischen Kartagarden ausgeschlossen erscheint.

Großfeuer in Genä.

WTB. Amsterdam, 19. Juni. (Snoos.) Reuter meldet aus Genä, daß die Magasin im Tod brennen und ein einziges Feuermeer bilden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Provinzial-Nachrichten.

O Koedde, 12. Juni. (Bauerliches Wiberband gegen die Arbeiterkontrollen.) Zwei... die Arbeiterkontrollen... die Arbeiterkontrollen...

12. Juni. (Reichsanzeige der optischen... 19. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 19. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Sport-Nachrichten der 'Saale-Zeitung'.

Das Fußballspiel am die Mitteldeutsche... Der Protest des F. B. Vereins gegen das... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G.

Amliche Bekannmachungen. Zwangsversteigerung. In Wege der Zwangsversteigerung soll...

Revision der Quittungskarten. Unter Hinweis auf die vom Vorstande der... Offene Stellen. Vertreter. Müller gesucht! Geprüfter Maschin...

Kirm, als Käufer Betommen. In der Verteidigung... Hallischer Fußballklub Preußen. In der am 13. d. M. stattgefundenen öffentlichen Generalversammlung...

Zu dem Spiele Sportverein 98 in Magdeburg... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Letzte Depeschen.

Das besteidende Wort Winnigs. WT. B. A. Klein, 19. Juni. Die Bezirksstelle... Eine britische Flotte in Kopenhagen.

Kopenhagen, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Heute sind auf der Kopenhagener Reede... Briefkasten. Briefkasten. Briefkasten.

12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Techniker.

Perfekter Conto-Corrent-Buchhalter (in) von erstem hiesigen Bankhaus gesucht. Off. unter B. O. 8640 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4, erb.

Offene Stellen. Vertreter. Müller gesucht! Geprüfter Maschin... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Allen Preisrevidenten nicht Schritt halten können, ist der kleine... Literarisches. Die 'Reklame', Zeitschrift des Vereins deutscher Reklame...

Literarisches. Die 'Reklame', Zeitschrift des Vereins deutscher Reklame... Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Dr. Ulrichstr. 93.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

+ Im Konfuz der Schuhfabrik Hümann & Co. Nachfolger... Eine weitere Erhöhung der Eisenpreise hat infolge des Rückgangs der Erzeugung stattgefunden.

Der Deutsche Eisenhandelsverband hat in seiner letzten... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden... 12. Juni. (Wegens des Auszubereitenden...)

Stellengesuche.

Magazinbeamter gesucht ähnlichen Posten für sofort oder später. Offerten unter F. K. 428 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Manschetten-Schoner, durchsichtig, a. Lager. Harmoniums in allen Preislagen, ebenso Orgel-Pedale. C. Rich, Ritter, Filgel- und Piano-Verk.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Wiederum ein Riesenerfolg!
Die Sensation Hallen ist:
Der Flug um die Welt.
Eine Revue der Liebelien.
Musik v. Viktor Holländer.
Prunkvolle Kostüm-Pracht.
Entsückendes Ballett.
Gastspiel Fritz Steldl.
Nur endgültig bis Ende Juni.
Kasse v. 10-14 u. 4-6.
Staubtischer
empfehl. V335.5
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Parkett
Liefer, repariert,
reinigt, bohrt
Hönemann
Bauplatz 1. — Tel. 3631.
Verkauft von
edlen Bohnerwachs
zu regulären Preisen.
Klavier-Reparatur
u. Stimmung in guter Aus-
führung, auch nach ansehnlich
Da. Preisbewusst.
D. Reuse, Rode 15, 2. St.
Emaill-
Wasserkessel
sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzig-Strasse 90.

Thalia-Säle
Heute
Donnerstag abends 6 Uhr
Großer BALL
Geiststr. 42

Peissnitz
Sonabend, den 21. Juni, 8 Uhr abends
II. Volkstümliches Sinfonie-Konzert
der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36
Leitung: Kapellmeister O. Haupt, h3980
Solist: Konzertmeister Müller (Violine).
Eintritt: 0,53 Mk. (einschl. Kartensteuer).

Einladung
zur Mitgliederversammlung des Hauptauschusses
des Akademischen Hilfsbundes für die Provinz
Sachsen und Anhalt
Sonabend, den 28. Juni 1919, vorm. 10 Uhr, in Ober-
präsidium, Jägerwallstraße 20.
Tagesordnung: 1. Berichtsbericht.
2. Rollenbericht.
3. Satzungsänderung.
4. Sonstige.
Der Vorsitzende: e962
v. Schulenburg, Oberpräsident.

Ortsauschuß Halle
des Akademischen Hilfsbundes

Einladung zur Mitgliederversammlung
gemäß § 9 der Statuten auf
Sonabend, den 28. Juni 1919, mittags 12 Uhr,
in der Generalkonferenzsaal im Hauptgebäude der
Universität in Halle a. S., in der Universität 11.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Berichts über die Rechnungsjahre
1918 und Bericht über die Einleitung des Vorjahres auf
Grund der letzten Rechnung.
2. Wahl der Rechnungsprüfer für 1919.
Der Vorsitzende:
Prof. Dr. O. Kern, Geh. Regierungsrat. h3973

Unterrichts-Anzeigen.

Buchführung.
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dillenberger, Händelstr. 6.

Chauffeurschule.
Holländische Automobilzertifikate,
Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Mühlweg 29.
Dr. S. Gärtner, Tel. 5855.

Fremde Sprachen
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.

Gesangs-Unterricht.
Fritz Grunewald u. Frau, Sophien-
strasse 17.
Emmi Lüddecke-Eckardt,
Lindenstrasse 21.

Kaufmänn. Rechnen.
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.

Korrespondenz.
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 4.
C. Lewin, Steinweg 45.

Literatur.
Vorträge und Unterhaltungs-
abende.

Schneideri-Unterricht
E. Holborn, Forsierstr. 55 11.

Schreib-Unterricht.
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41

Schreibmaschine.
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dillenberger, Händelstr. 6.

Stenographie
Kaufmännische Privatschulen
Wilhelm Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dillenberger, Händelstr. 6.

Tanz-Unterricht
Hofballmeister Wesner,
St. Nikolaus.

Zur Aufklärung!
Es ist behauptet worden, das
Westf. Freikorps Pfeffer
sich — als eine milde Formation — vor der Auf-
lösung. Diese Behauptung ist **vollständig**
unwahr.
Das Korps, j. Zt. im Osten eingeteilt in eine geschlossene
Formation und befehligt aus einem Stab, einem
Marschbataillon und einer Etablierung. Die Bataillone
umfassen mehrere Infanterie-Kompanien, Nachrichten-
Kompanien, leichte und schwere Reiter, Kanoniere u. die
Spezialtruppen (Pioniere, Jäger, Wäcker, Kraftfahrer usw.).
Das Korps steht zur beiderseitigen Verfügung des Reichs-
kommandos und wird später in die Reichsarmee unter den
üblichen Bedingungen einberufen. Es steht auch
Frontsoldaten aller Waffengattungen
(ausserlich auf Unteroffizieren, deren Stellen zur Zeit
besetzt sind) ein unter den üblichen Bedingungen:
„Mobile Lösung, Feldverpflegung,
zeitige Tageszulage, 5.— M. und 4.—
Mark Auslandszulage, zusammen
9 Mark, außerdem Treuprämie
von monatlich 30.— M., welche am
je 5.— M. bis 50.— M. im Monat
steigt, Familienunterstützung und son-
stige Vergünstigungen, genau wie
während des Krieges.“
Rekruten und Handwerker (die diesen Fremden nicht nicht
erwähnt) werden insbesondere gesucht.
Annahmen erfolgen durch das unterzeichnete Nach-
kommando oder durch die zuständigen Bezirkskommandos
bzw. Bezirkskontrollstellen, welche auch jede Auskunft er-
teilen und Fahrscheine ausstellen.
Kameraden, die sich unter Sucht und Ordnung wohl-
fühlen, treten ein!
Westf. Freikorps Pfeffer,
Nachkommando in Münster i. W.,
Gastwirtschaft Bullermann,
Hafenstraße.
(Verständlich mit Genehmigung des Generalkom-
mandos 7. A. R. d. D. Münster 31. 8. 19. 3461.
Werb. Nr. 1577). A 3545

Bad Sachsa am Südrharz
Bayerische Wäldchen, Prop. durch die Badverwaltung.
Von ärztlichen Autoritäten
vorzüglich empfohlen
Nachkurort.

Burghardt & Becher
Leipzig-Strasse 10. V213
Original-
Rex-Vorrats-Kocher
Rex-Fruchtsaft-Apparate
Rex-Konserven-Gläser
Beste Gummiringe in allen Größen. Alle
Zubehörsätze, Praktischer Glasöffner.
Vorführungen jederzeit.


Zu verkaufen
Wegen Alters bekanntes
Restaurantsgüldenstück
mit Inventar und mehreren St.
Wohnungen, Nähe von Halle,
zu verkaufen.
Nr. 4500 M. b. 15000 M. Stg.
Dfr. u. H. 2960 u. d. Gr. d. Stg.
Eleganter Salon,
Sofa u. 4 Stühle,
aus feinsten Stoffen und Stoffen,
ist neu neu, preiswert zu
verkaufen für 3945
Röhrenstrasse 9, hoch. Hs.
Gemüse-
Pflanzen
zu verkaufen,
B. Möllers
zum Rosengarten
an der Universität.

Ein
Dreschsatz „Lanz“
für 500 Morgen ist zu verkaufen.
Sommerliche Osterverwaltung
besteht bei Gebr. v.
Bog. Halle (East). a956
Verkauf Sonntag, den 22. Juni, nachm.
4 Uhr, in meiner Plantage der reichen
Anhang von etwa 550 großen
Schattenmorellen und 1400
schwarzen Johannisbeeren.
Zahlung im Termin.
Hanckes, Liederstedt bei Vitzenburg,
an der Universität. a 960

Stadt-Theater
Freitag, den 20. Juni 1919,
Anfang 7 1/2, Ende 11 Uhr
Wilhelm Tell.
Schauspiel
von Friedrich Schiller.
Sonabend:
Der Zigeunerbaron.
Thalia-Theater.
Gastspiel
des Stadttheaters-Verjano.
Sonntag, den 22. Juni 1919
abends 7 1/2 Uhr:
Gemitter.
Schauspiel von Alexander Dumas.

Apollo-Theater
Heute und täglich 8 Uhr:
„Die Czardasdarstellerin“
Operette von E. Strauß
mit Emmy Sturm
in der Hauptrolle.
Soverkani 9-1 u. 5-11-7.

Angebot:
Speisezimmer
Herrnzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
ca. 150 Zimmer
in einfacher bis ganz
reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Marthl Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Bad Wittekind.
Freitag, den 20. Juni 1919,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der
Kapelle des St. Georgs-
St. 38.
Dirigiert: Ad. 3
Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 60 Pf.
Kinder 40
Damenkarten haben Giltigkeit.
Tagl. 6 1/2 Uhr Frühkonzert.

Hansa-Hotel
n. Apollo. Inh. Alfr. Schluditz
Zweitg. gute Küche
Skatgelegenhait.

Reisegepäck.
Transport, Einbruch-Diebstahl
und Glas-Versicherungen zu
= billigen =
Prämien-Sätzen schliesst ab die
Subdirektion der Preussischen L.-V.-G.
Halle a. S., Alte Promenade 6.
h3715

Klavier-Stimmungen und
-Reparaturen
werden fachmännisch ausgeführt. Stimmungen im Mon-
ment. Meine Stimmer und Techniker sind mit Ausweis
versehen und kommen nur aus Befehl.
B. Döll, Klavierhandlung.
Gr. Ulrichstr. 33/34.

Verkauf von Heeresfahrzeugen
(schwere und leichte Feldwagen)
findet in der Munitionsanstalt in Beesen
(Artillerie-Exerzierplatz)
am Sonabend, den 21. Juni, von
vormittags 9 Uhr ab statt.
Reichsverwertungsamt
Zweigstelle Halle a. S. A152
Gut erhalten 8/20

OpeI
komplett mit Verlebung,
Torpedeform, Modell 1914,
verkauft wegen Zerschlagung
eines größeren Wagens a 964 I
L. Nürnberg,
Merseburger, Kirch. 28.
Feine Wäsche
(für Aussteuer geeignet und
andere Stoffe). 9 in 10 an d.
preiswert zu verkaufen. Zu erfr.
Magdeburger Straße 53, I. r.

Tischlereimaschinen
Sägegatter
Radmaschinen
Hobelbänke
nur tadellose Maschinen,
neuer Bauart, kaufen
Hirsch & Co., Maschinenfabr.,
Berlin N., Pankstr. 39.
Guterhalten, leichter ein-
spänniger A958

Kaufgesuche
Modernes A 24
Einfamilienhaus
9 Zimmer mit Garten (sodort
zu kaufen) gesucht.
Mörzitz, Leipzig,
Christianstr. 6.
Schreibmaschine
Schriftschreib, neu oder gebraucht,
zu kaufen gesucht. Angebote er-
bitte Oskar Falkenstein,
h3969 Reinhardt 6.

Alle Sorten Felle
Häute, Tierhaare, Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Dangleritz
Fischerplan 2, Fernruf 1125

Eintacher Diplomaten-Schreibtiisch
aus Eichenholz zu kaufen gesucht. Angebote unter P. 2938 an
die Expedition dieser Zeitung erbeten.